

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 23.11.2017, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:10 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Jobcenters, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2018	383/2017 6
3.	Aufsuchende Seniorenarbeit in Everswinkel	384/2017 14
4.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	386/2017 13
5.	Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: - Prüfung einmaliger Leistungen - Übernahme von Umzugskosten für SGB II-Bezieher	403/2017 15

Anlagen

- Anlage 1 Haushalt 2018 – Beratung des Budgets des Jobcenters
- Anlage 2 Änderungen des Jobcenters zum Haushaltsplanentwurf – Kennzahlen
(Tischvorlage)

- Anlage 3 Änderungen des Jobcenters zum Haushaltsplanentwurf – Ergebnisplan (Tischvorlage)
- Anlage 4 Antwort des Jobcenters zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Übernahmepraxis der Schülerbeförderungskosten
- Anlage 5 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Einrichtung einer Vollzeitstelle ohne Planstelle im Rahmen eines „Amazon-Projektes“
- Anlage 6 Änderungen des Gesundheitsamtes zum Haushaltsplanentwurf – Ergebnisplan (Tischvorlage)
- Anlage 7 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2017:
Zuschuss für die Beratungsstelle für den Kreis Warendorf der AIDS-Hilfe Ahlen e.V.
- Anlage 8 Antrag der AIDS-Hilfe Ahlen e.V. vom 29.05.2017
- Anlage 9 Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 10 Antwort des Jobcenters zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.11.2017 zur Prüfung einmaliger Leistungen
- Anlage 11 Antwort des Jobcenters zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 13.11.2017 zur Übernahme von Umzugskosten für SGB II-Bezieher

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Geiger, Andrea
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne Dr.
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
stellv. Ausschussmitglieder
Claßen, Anne
von der Verwaltung
Baldus, Beate
Funke, Stefan Dr.
Hanewinkel, Martin
Klausmeier, Brigitte
Middendorf, Anne
Peters, Johanna
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Schlicker, Ilona
Schröder, Helen
Seidel, Ansgar Dr.
Uhkötter, Richard
Unger, Paul

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Blömker, Franz-Ludwig
Hermans, Pia

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 10.11.2017 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Herr Strübbe teilt mit, dass die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 3 und 4 getauscht werden solle.

Der Antrag der FWG-Kreistagsfraktion auf Beratung des Beschlussvorschlages „Förderung der freiwilligen Ausreise für Ausreisepflichtige aus sicheren Herkunftsländern“ werde unter Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Die Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Prüfung einmaliger Leistungen und zur Übernahme von Umzugskosten für SGB II-Bezieher sollen unter dem zusätzlichen Tagesordnungspunkt 5 behandelt werden.

Herr Strübbe lässt über die o. g. Änderungen abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Frau Klausmeier teilt mit, dass der Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke zur Stelle im Jobcenter für das „Amazon Projekt“, versandt am 22.11.2017, sowie die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2017 (nicht versandt) zur v. g. Stelle erst im Finanzausschuss am 05.12.2017 behandelt werden sollen. Dieses sei mit beiden Fraktionen abgestimmt worden.

Herr Dr. Funke weist darauf hin, dass der Finanzausschuss für die Beratung des Stellenplanes zuständig sei.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

2.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hier: Beratung des Budgets des Jobcenters, des Sozialamtes und des Gesundheitsamtes für das Jahr 2018	383/2017
-----------	--	-----------------

Den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit liegt der vom Landrat in der Sitzung des Kreistages vom 20.10.2017 eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2018 vor.

Darüber hinaus werden nachstehende Anträge zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 2018 beraten:

1. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 15.11.2017 (versandt am 16.11.2017):
Beratung des Beschlussvorschlages Vorlage 345/2017
2. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 14.11.2017 (versandt am 15.11.2017):
Förderung des Anti-Rost-Kreis Warendorf e.V. mit 2.000 € für das Jahr 2018
3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2017 (versandt am 15.11.2017):
Aufsuchende Seniorenarbeit
4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2017 (versandt am 15.11.2017):
Quartierskonzept
5. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2017:
Zuschuss für die Beratungsstelle für den Kreis Warendorf der AIDS-Hilfe Ahlen e.V. (Anlagen z und 8)

Daneben liegen Änderungen (versandt am 16.11.2017) sowie drei weitere Tischvorlagen mit Änderungen der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2018 – Kennzahlen und Ergebnisplan – vor.

Zum Produkt 050210 liegt ein Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 15.11.2017 vor (sh. Ziffer 1). Diese beantragt, die Beratung des Beschlussvorschlages „Förderung der freiwilligen Ausreise für Ausreisepflichtige aus sicheren Herkunftsländern“ (Vorlage 345/2017), neben der Beratung im Finanzausschuss auch im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu beraten.

Herr Stöppel begründet den Antrag mit der sozialen Komponente der Ausreise.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Frau Schreier erläutert den Sachverhalt (sh. Vorlage 345/2017) und begründet die vorgeschlagene Förderung der freiwilligen Ausreise.

Im Jahr 2016 konnten insgesamt 354 freiwillige Ausreisen realisiert werden, 2017 seien bis zum 01.11.2017 230 freiwillige Ausreisen erfolgt. Die Ausländerbehörde sei zwar abschiebepflichtig, nach Möglichkeit solle jedoch eine Ausreise der Ausländer ohne Bleiberecht auf freiwilliger Basis erfolgen. Abschiebungen seien sehr personal- und kostenintensiv.

Es zeige sich jedoch, dass die bestehenden Anreize nicht ausreichen, um alle ausreisepflichtigen Ausländer mit Zugehörigkeit zu einem der sicheren Herkunftsstaaten zur freiwilligen Rückkehr zu bewegen. Außerdem decken bestehende Förderprogramme nicht alle Herkunftsländer ab. Aktuell befänden sich noch etwa 330 ausreisepflichtige Personen im Kreis Warendorf.

Frau Schreier führt aus, dass es sinnvoll sei, einen finanziellen Anreiz zu bieten, um weitere freiwillige Ausreisen von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten ermöglichen zu können.

Mit dem vorgesehenen Betrag von 80.000 € könnte ein Anreiz zur freiwilligen Ausreise für rd. 20 Familien (2 Erwachsene/ 2 Kinder) in Westbalkanländer geschaffen werden. Dieses würde die kommunalen Haushalte deutlich entlasten, da eine Kostenerstattung durch das Land für Kosten nach AsylbLG nur für eine befristete Zeit erfolge. Die Förderung solle in 2 Raten ausgezahlt werden, die erste Rate am Flughafen, die 2. Rate nach 6 Monaten im Heimatstaat. Die Formalitäten seien mit der DRK-Rückkehrberatung abgestimmt.

Eine Förderung würden nur diejenigen Ausreisepflichtigen erhalten, die im Zeitpunkt des Beschlusses des Kreistages bereits einer Kommune im Kreis Warendorf zugewiesen seien. Zudem würde die Zuweisung in eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes eine Rückkehr für illegal wiedereinreisende Personen unattraktiv machen, da eine erneute Zuweisung in die Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf nicht erfolge.

Für die geplante Förderung mit maximal 80.000 € sei im Kreishaushalt 2017 bisher kein Ansatz vorhanden. Insofern handele es sich um einen außerplanmäßigen Aufwand. Demgegenüber würden Einsparungen in Höhe von rd. 600.000 € erwartet.

Herr Stöppel weist darauf hin, dass die FWG in Gesprächen -auf Probleme bei der Abwicklung der Zahlungen im Heimatstaat hingewiesen wurde.

Zudem bemängelt er das Fehlen des Ausreiseprotokolls in verschiedenen Sprachen sowie die fehlende Intensität der Rückkehrberatung.

Frau Schreier widerspricht den Problemen bei der Auszahlung der Förderungsrate im Heimatland, es seien noch keine Auszahlungen erfolgt. Die DRK-Rückkehrberatung Hamm habe verlässlich zugesagt, die Gelder nach Rückkehr ins Heimatland dort auszusahlen.

Die Vorhaltung der Ausreiseprotokolle möglichst in der Heimatsprache sei sinnvoll. Zur Übersetzung gebe es zudem Dolmetscher in der Ausländerbehörde, oft würden Flüchtlinge auch vom Freundes- oder Familienkreis begleitet.

Zur Intensität der Rückkehrberatung erläutert Frau Schreier, dass zwei bis drei Gespräche in der Ausländerbehörde geführt würden, zeitlicher Druck werde dort nicht ausgeübt.

Frau Birkhahn ergänzt, dass eine gute Beratung sehr wichtig sei, dennoch seien finanzielle Anreize eine sinnvolle Ergänzung um die Rechtslage durchzusetzen.

Beim Ausländerzentralregister erfolge jetzt auch immer eine Erfassung der biometrischen Daten, so dass eine illegale Wiedereinreise jederzeit nachgehalten werden könne.

Auf Nachfrage von Frau Riveiro Vega teilt Frau Schreier mit, dass es derzeit keine Initiativen gebe, Flüchtlinge aus Afghanistan in ihr Heimatland zurückzuführen.

Weitere Wortbeiträge insbesondere zur Notwendigkeit einer guten Beratung gibt es von Frau Hohmann de Palma und Frau Harrendorf-Vorländer.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Um die freiwillige Rückkehr von ausreisepflichtigen Ausländern aus sicheren Herkunftsstaaten finanziell zu unterstützen und zu stärken, werden außerplanmäßig 80.000 € im Haushaltsjahr 2017 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja	15 Stimmen
Nein	0 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

Herr Strübbe stellt die relevanten Seiten des Haushaltsplanentwurfes 2018 (Kennzahlen, Aufwendungen, Erträge) für die Ämter

- Sozialamt,
- Jobcenter und
- Gesundheitsamt

sowie die vorgenannten Anträge zur Beratung und Abstimmung, zunächst zu Produkt 050210 des Jobcenters.

Einleitend erläutert Herr Dr. Funke, in welchem Umfang sich der Haushalt des Kreises nochmals verbessert habe.

Herr Dr. Seidel weist auf die Kennzahlen-Änderungen (sh. Präsentation zum Haushalt 2018 – Beratung des Budgets des Jobcenters/ Anlage 1) sowie die Tischvorlagen mit Änderungen des Jobcenters zu den Kennzahlen (Anlage 2) und des Ergebnisplanes (Anlage 3) hin. Die prognostizierte Zahl der Bedarfsgemeinschaften sei von ursprünglich 9.500 auf inzwischen 9.000 gesenkt worden. Diese habe Auswirkungen auf weitere Daten des Haushaltsplanentwurfes.

Herr Dr. Seidel weist auf die Erhöhung der Anträge für Bildung und Teilhabe hin. Frau Hohmann de Palma erkundigt sich, unter welchen Voraussetzungen eine Übernahme der Schülerbeförderungskosten erfolgt und warum unter Umständen nur die hälftigen Kosten übernommen werden.

Herr Dr. Seidel teilt mit, dass er die Antwort mit dem Protokoll geben werde. Die Antwort hierzu ist als Anlage 4 beigefügt.

Sodann werden die Produkte des Sozialamtes, beginnend auf Seite 218 des Haushaltsplanentwurfes, besprochen.

Zur Seite 219 – Stelle im Rahmen eines Amazon Projektes – liegen ein Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 21.11.2017 (per Mail versandt am 22.11.2017) sowie

eine Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2017 (Anlage 5) vor.

Herr Strübbe weist nochmals darauf hin, dass Antrag und Anfrage im Finanzausschuss am 05.12.2017 beraten werden.

Zur Seite 227 liegt zum Produkt Hilfen in besonderen Lebenssituationen ein Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Unterstützung des Antrages des Vereins Anti-Rost-Kreis Warendorf e.V. vor (sh. Ziffer 2).

Herr Steinkolk begründet den Antrag mit der erforderlichen Unterstützung des Vereins, dessen ehrenamtliche Mitglieder in 13 Locationen im Kreisgebiet tätig seien. Die beantragten Fördermittel in Höhe von 2.000 € für 2018 solle daher aus dem Kreishaushalt 2018 finanziert werden. Über die Förderung der Folgejahre solle im nächsten Jahr entschieden werden.

Frau Birkhahn und Frau Harrendorf-Vorländer loben die Initiative und das Engagement des Vereins, jedoch müsse es bei einer Wertschätzung ohne pauschale finanzielle Zuwendung bleiben. Frau Dr. Lehnert gibt zu bedenken, dass der Verein nicht kreisweit tätig sei, sondern lediglich in einzelnen Kommunen. Eine übergeordnete Struktur sei nicht vorhanden, eine Verbundenheit eher mit den Städten und Gemeinden gegeben.

Herr Stöppel weist auf die Ehrenamtlichkeit der Vereinsmitglieder hin, diese werde stets von allen Parteien eingefordert. Die FWG-Fraktion wolle das ehrenamtliche Engagement unterstützen, die Arbeit des Vereins werde eindeutig als Kreisaufgabe angesehen.

Herr Stöppel beantragt die Gewährung eines Zuschuss an den Verein in Höhe von 1.000 €.

An der weiteren Diskussion zum Ehrenamt, der Verwendung von Steuergeldern und dem Einwerben von Spenden beteiligen sich Frau Birkhahn, Herr Schindler, Herr Steinkolk, Frau Strecker, Frau Claaßen und Herr Heringloh-Poll.

Herr Strübbe lässt über die Anträge abstimmen:

1. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 14.11.2017 auf Finanzierung der im Schreiben des Anti-Rost Kreis Warendorf e.V. vom 26.10.2017 gewünschten Fördermittel in Höhe von 2.000 € für 2018 aus dem Kreishaushalt

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

2. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion (in der Sitzung gestellt) auf Förderung des Anti-Rost Kreis Warendorf e.V. in Höhe von 1.000 € für 2018 aus dem Kreishaushalt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	2 Stimmen
Nein	14 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Zur Seite 253 weist Frau Middendorf auf die Änderungen lt. Änderungsliste im Ergebnisplan (Produkt 050425) hin, die durch die geänderten Verträge mit den Trägern der Frauenhäuser in Telgte und Warendorf resultieren.

Zu den Seite 256 – 259 liegt ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2017 (sh. Ziffer 3) vor. Frau Harrendorf-Vorländer begründet den Antrag, das aktuell in Everswinkel laufende Pilotprojekt „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ im Jahr 2018 auch in mindestens einer weiteren Kommune des Kreises als Kooperationsprojekt fortzuführen.

Frau Birkhahn und Herr Schindler unterstützen den Antrag.

Frau Middendorf teilt auf Nachfrage von Herrn Stöppel mit, dass ihr das Interesse der Stadt Oelde am Projekt bekannt sei, ein deutliches Signal zur Durchführung des Projektes gebe es jedoch nicht.

Sie betont, dass der Erfolg des Projektes in Everswinkel nur durch die sehr gute Unterstützung durch die Gemeinde möglich sei. Die Durchführung bedeute eine Personalbindung auf beiden Seiten. Diese nehme mit zunehmender Größe der Kommune entsprechend zu.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu den Seiten 256 - 259 liegt ein weiterer Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.11.2017 (sh. Ziffer 4) vor. Frau Harrendorf-Vorländer begründet den Antrag, im Rahmen der Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Quartiersentwicklung im Kreis Warendorf“ eine Fachveranstaltung zum 7. Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ durchzuführen.

Frau Birkhahn verweist auf das bereits erstellte Konzept, hält eine Weiterentwicklung aber auch für sinnvoll.

Herr Strübbe lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu den Seiten 258 und 259 weist Frau Middendorf auf die Änderungen im Ergebnisplan lt. Änderungsliste (Produkt 050440) hin.

Frau Dr. Rehfeldt erläutert zur Seite 316 die geänderten Kennzahlen lt. Änderungsliste (Produkt 070120/ versandt am 16.11.2017).

Zur Seite 319 weist Frau Dr. Rehfeldt auf die Erhöhung des Ansatzes im Ergebnisplan zu Produkt 070130 um 7.500 € hin, da die neu beantragte Planstelle zur Mitte 2018 besetzt werde (sh. Anlage 6). Ab 2019 würden die Gebühren durch Überwachungsmaßnahmen im Bereich der Chemikaliensicherheit in Höhe von 15.000 € betragen.

Hinsichtlich der Bewegungsangebote für Kinder in Kindertageseinrichtungen weist Frau Birkhahn auf die Bedeutung der Schwimmkurse hin.

Frau Harrendorf-Vorländer begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2017 (Anlage 7) zur Unterstützung des Antrages der AIDS-Hilfe Ahlen e.V. vom 29.05.2017 (Anlage 8) auf Erhöhung des Zuschusses des Kreises Warendorf für die Beratungsstelle der AIDS-Hilfe in Ahlen. Es solle eine entsprechende Anpassung der Fördervereinbarung aus dem Jahr 2008 vorbereitet werden und die im Haushaltsplanentwurf 2018 für das Produkt 070140 mit insgesamt 805.318 € veranschlagten Haushaltsmittel für Transferaufwendungen um 36.850 € auf 842.168 € erhöht werden.

Herr Strübbe teilt mit, dass der entsprechende Antrag der SPD-Fraktion nicht bekannt sei und nicht versandt wurde. Frau Harrendorf-Vorländer legt den Antrag vor, der auch rechtzeitig bei der Verwaltung gestellt wurde.

Frau Klausmeier kann die beantragte Erhöhung der Zuschusses von 36.850 € in dieser Höhe nicht nachvollziehen, die vollständige Jahresrechnung für 2016 liege noch nicht vor. Generell sei im Vertrag aus dem Jahr 2008 nur eine Grundförderung vorgesehen, keine Abdeckung der Personalrestkosten. Der Bedarf an Aidsberatung sei zweifellos vorhanden, in der Kreisverwaltung führe eine Ärztin stundenweise ebenfalls Aidsberatung durch.

Frau Dr. Lehnert beantragt die Verwaltung zu beauftragen, mit der AIDS-Hilfe Ahlen e.V. zu verhandeln und eine angepasste Fördervereinbarung unter angemessener Berücksichtigung der Landeszuschüsse vorzubereiten.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja	5 Stimmen
Nein	11 Stimmen
Enthaltung	0 Stimmen

Herr Strübbe lässt über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion (in der Sitzung gestellt) „Die Verwaltung soll in Verhandlungen mit der AIDS-Hilfe e.V. eintreten um Lösungen zur Finanzierung zu erarbeiten“ - abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zur Seite 322 weist Frau Dr. Rehfeldt auf die Erhöhung der Aufwendungen im Ergebnisplan zu Produkt 070140 um 8.200 € hin (sh. Anlage 4).

An der Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2018 beteiligen sich zudem Herr Schindler, Herr Heringloh-Poll, Frau Strecker und Frau Schmelter.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Jahr 2018 wird zugestimmt, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 12 Stimmen

Nein 0 Stimmen

Enthaltung 4 Stimmen

3. Aufsuchende Seniorenarbeit in Everswinkel**384/2017**

Frau Peters und Frau Baldus erläutern das Verfahren des Projektes der Aufsuchenden Seniorenarbeit „Besser jetzt – gut beraten ins Alter“ in Everswinkel (sh. Vorlage). Frau Peters teilt mit, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern die Pflege- und Wohnberatung und deren Tätigkeit nicht bekannt sei. Daher sei das Projekt auch hinsichtlich des Bekanntheitsgrades ein voller Erfolg.

Frau Baldus führt aus, dass nach der Auftaktveranstaltung sowie der Anschreiben inkl. Antwortkarte die Rücklaufquote 12 % betrug. Es erfolgten daraufhin 92 Beratungen bei den Ratsuchenden zu Hause. Sie erläutert die verschiedenen Beratungsfelder (sh. Vorlage) und stellt heraus, dass insbesondere Beratungen zu den Themen Patientenverfügung, Bewegung, Einschränkungen in der Bewegungsfähigkeit, Sturzprävention und Hilfsmittel im Bereich der gesundheitlichen Beratung am häufigsten in Anspruch genommen wurden.

Frau Middendorf ergänzt, dass im nächsten Jahr erneut alle Personen ab 75 Jahren in Everswinkel angeschrieben werden. Die persönliche Ansprache sei wichtig, die Veröffentlichung von Informationen in den Medien bringe keinen Erfolg.

Frau Hohmann de Palma bittet darum, auch pflegende Angehörige in den Blick zu nehmen als Zielgruppe des Projektes.

Dazu wird auf die Kontaktstelle pflegender Angehöriger hingewiesen (Kontaktbüro Pflegeselbsthilfe Kreis Warendorf in den Räumen des Paritätischen, Waterstroate 6 in Warendorf). Zudem sei der Landesverband „wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.“, dessen Vorsitzende Frau Susanne Hallermann aus Telgte sei, in Nordrhein-Westfalen gegründet worden. Ein wichtiger Aspekt sei der Ausbau von solitären Kurzzeitpflegeplätzen, so Frau Middendorf. Das Angebot von Tagespflegeplätze sei derzeit ausreichend.

An der Aussprache zum Bericht von Frau Peters und Frau Baldus nehmen außerdem Herr Strübbe und Frau Schmelter teil.

4.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	386/2017
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Seidel verweist auf die vorab per Mail zur Verfügung gestellte Präsentation der Daten des Jobcenters (Anlage 9). Er berichtet über

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Entwicklung des Zugangs an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen,
- die Entwicklung des Bestands an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen,
- die Entwicklung des Bestands an erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlingen,
- die Entwicklung des Bestands an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen in den Städten und Gemeinde,
- die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit,
- ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität,
- die Integrationsquote sowie
- das Budget des Jobcenters.

Herr Dr. Seidel weist darauf hin, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in 2017 im Schnitt um 400 über der Zahl von 2016 liege, Grund hierfür sei die Erhöhung der Flüchtlings-Bedarfsgemeinschaften, die in diesem Zeitraum um 800 gestiegen seien. Er erklärt, dass es seitens des Kreises keinen Einfluss auf die Wohnortzuweisung der Flüchtlinge gebe.

Zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit weist Herr Dr. Seidel darauf hin, dass hier die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt wichtiger sei als die schnelle Beendigung des Bezuges von Leistungen nach dem SGB II.

Der Schwerpunkt für ein dauerhaftes Bestehen im Arbeitsmarkt sei die Teilnahme an Sprachkursen, an diesen haben bisher 989 Flüchtlinge teilgenommen. Von den 315 nicht aktivierten Personen, die in keiner Maßnahme sind, seien ca. $\frac{3}{4}$ Schüler und $\frac{1}{4}$ Frauen mit Kindern bis zu 3 Jahren.

Bei Flüchtlingen aus Syrien, Irak, Iran, Eritrea und Somalia bestehe eine Bleibeperspektive von über 50 %, berichtet Herr Dr. Seidel. Als Fazit hält er fest, die Anzahl der Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften werde in abgeschwächtem Maße weiter steigen, die Zahl der sonstigen Bedarfsgemeinschaften hingegen sinken.

5.	Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: - Prüfung einmaliger Leistungen - Übernahme von Umzugskosten für SGB II-Bezieher	403/2017
-----------	---	-----------------

Es liegen zwei Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2017 vor (versandt am 15.11.2017). Frau Hohmann de Palma erläutert die Anfragen

- zur Prüfung einmaliger Leistungen und
- zur Übernahme von Umzugskosten für SGB II-Bezieher.

Frau Schlicker beantwortet die Anfragen. Die Antworten sind als Anlagen 10 und 11 beigefügt.

Frau Klausmeier teilt mit, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur AIDS-Hilfe sowie darüber hinaus Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion zur Grundsicherung für Arbeitssuchende doch im Hause vorlägen. Der Antrag sei behandelt worden.

Die Anfragen sollen, wie alternativ seitens der SPD-Fraktion vorgeschlagen, in der Sitzung behandelt werden, in der das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm beraten werde. Frau Klausmeier schlägt daher vor, die Anfragen im nächsten Jahr unter dem Tagesordnungspunkt Arbeitsmarktprogramm 2018 zu behandeln.

Frau Harrendorf-Vorländer erklärt sich damit einverstanden.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.10 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier
Schriftführerin